

17.12.92

Antrag

des Landes Brandenburg

zur

Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung

- Antrag des Landes Brandenburg -

Punkt 4 der 650. Sitzung des Bundesrates am 18. Dezember 1992

Der Bundesrat möge die vorgenannte Entschließung in folgender Form fassen:

Entschließung des Bundesrates zur Lage der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit den Ländern für die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR eine humanitäre Lösung unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer und der tatsächlich erreichten Integration dieses Personenkreises zu finden.

Begründung:

Die Regierung der ehemaligen DDR hat bis Oktober 1989 zwischenstaatliche Vereinbarungen mit Angola, Mosambik und Vietnam über die Beschäftigung und Qualifizierung ausländischer Arbeitnehmer geschlossen. Die Verträge wurden in der Regel auf fünf Jahre befristet. Einige Verträge sind aber auch darüber hinaus verlängert worden.

Gemäß § 11 Abs. 3 der Arbeitsaufenthalteverordnung wird Ausländern, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung (1. Januar 1991) auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der ehemaligen DDR nunmehr als Arbeitnehmer im Bundesgebiet aufhalten, eine Aufenthaltsbewilligung bis zu der in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigungsdauer erteilt.

Gemäß § 11 Abs. 3 Satz 3 der Arbeitsaufenthalteverordnung kann Vertragsarbeitnehmern, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorgenannten Verordnung seit mehr als 8 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten, abweichend von § 3 Abs. 1 nach Maßgabe der Vorschriften des Ausländergesetzes eine Aufenthaltserlaubnis und eine Aufenthaltsberechtigung erteilt werden. Das bedeutet, daß diejenigen Arbeitnehmer, die diese Frist nicht erfüllen, nach Ablauf der ursprünglichen Vertragsdauer in ihr Heimatland zurückkehren müssen, obwohl sie sich derzeit weit mehr als fünf Jahre im Bundesgebiet aufhalten und sie hier weitgehend integriert sind.

Ausgeliefert am 17. DEZ. 1992

Einige neue Länder haben deshalb für den genannten Personenkreis aus humanitären Gründen gemäß § 54 Satz 1 des Ausländergesetzes einen Abschiebestopp für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1992 angeordnet.

Eine Verlängerung des Abschiebestopps über 6 Monate hinaus kann gem. § 54 Satz 2 Ausländergesetz nur im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern angeordnet werden.

Um im Sinne des Ergebnisses der Parteiengespräche vom 6. Dezember 1992 zu Asyl und Zuwanderung "eine humanitäre Lösung unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer und der tatsächlich erreichten Integration dieses Personenkreises zu finden", ist es vordringlich und zunächst erforderlich, daß der Bundesminister des Innern sein Einvernehmen im Sinne des § 54 Satz 2 Ausländergesetz erteilt.